

Antrag

Hannover, den 01.06.2021

Fraktion der FDP

Klarer Kurs Richtung Sommer - für eine berechenbare und nachvollziehbare Corona-Politik

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

I. Klare Linie bei Corona-MaÙnahmen

Die Menschen in Niedersachsen haben einen Anspruch darauf, dass die Landesregierung bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie berechenbar und verlässlich handelt. Leider gelingt ihr das nach über einem Jahr in der Pandemie noch immer nicht, obwohl durch sie weiterhin gravierende Grundrechtseingriffe angeordnet werden. Die von den andauernden Grundrechtseingriffen betroffenen Menschen müssen aber endlich erfahren, nach welchen Maßstäben und Kriterien die sie konkret betreffenden Maßnahmen aufgehoben werden.

Die Umstände der Veröffentlichung der jüngsten Corona-Verordnung vom 30. Mai 2021 sind symptomatisch für den Umgang der Landesregierung mit den Menschen in Niedersachsen. Obwohl klar war, dass es zu einer Phase kommt, in der die Infektionszahlen sinken und dies erklärtes Ziel der ergriffenen Maßnahmen war, war die Landesregierung nicht in der Lage, frühzeitig und transparent eine neue Verordnung zu erarbeiten und zur öffentlichen Diskussion zu stellen. Erst fünf Stunden vor ihrem Inkrafttreten wurde die Verordnung veröffentlicht. Diese Abläufe machen es den betroffenen Menschen und auch den für den Vollzug zuständigen Behörden unmöglich, sich auf ein rechtskonformes Verhalten vorzubereiten. Ein solches Vorgehen gefährdet die Akzeptanz der Menschen für die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und untergräbt die Autorität des Rechtsstaats.

Hinzu kommt, dass die Landesregierung widersprüchlich und wechselhaft agiert und kommuniziert. Jüngstes Beispiel für den Schlingerkurs der Landesregierung ist die Ankündigung einer Impfkampagne für Schülerinnen und Schüler noch vor der Sommerpause. Obwohl die Verfügbarkeit des dafür erforderlichen Impfstoffs wie auch die ausstehende Empfehlung der Ständigen Impfkommission unklar waren, weckte die Landesregierung einmal mehr Erwartungen, die enttäuscht wurden.

Die Landesregierung hat zudem wiederholt auf offenkundig rechtswidrige Maßnahmen gesetzt - zuletzt, indem sie die sogenannte Landeskinderregel erlassen hat, wonach nur Menschen mit Wohnsitz in Niedersachsen beherbergt werden durften. Auch mit diesem Verhalten beschädigt sie das Vertrauen der betroffenen Menschen in den Rechtsstaat, und es stellt sich die Frage der Haftung für die daraus entstandenen Schäden.

Noch immer sind digitale Lösungen für den Testnachweis und die Kontaktnachverfolgung nicht flächendeckend realisiert, obwohl diese wesentliche Elemente für eine verantwortungsvolle und unkomplizierte Rückkehr zu einem möglichst normalen Leben sind. Mit der einseitigen Festlegung auf die Luca-App im Alleingang hat das Land vernachlässigt, dass es in unserem Flächenland viele unterschiedliche Akteure gibt, die auch unterschiedliche Anwendungen nutzen. Dieser Flickenteppich führt dazu, dass die Menschen diese einfachen Möglichkeiten nicht nutzen. Hier muss Niedersachsen dringend nachbessern.

Wir fordern einen klaren Kurs für den Sommer.

Der Landtag setzt sich deshalb dafür ein, dass

- a) der Stufenplan im Parlament beraten, beschlossen und dann verlässlich umgesetzt wird und
- b) die Corona-Verordnungen der Zustimmung bzw. Genehmigung des Landtages unterworfen werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. einen klaren Kurs zu verfolgen,
2. die Maßnahmen im Vorfeld auf ihre Rechtmäßigkeit hin zu überprüfen,
3. Schäden, die durch rechtswidrige Maßnahmen entstanden sind, zu ersetzen und
4. eine App, die die verschiedenen Apps in Zusammenhang mit der Pandemie bündelt und die Anwendbarkeit für die Menschen erleichtert, bereitzustellen.

II. Klare Strategie beim Impfen

Die Impf-Strategie des Landes Niedersachsen ist nach wie vor unklar. Durch das tausendfach fehlerhaft durch das Sozialministerium veranlasste Versenden von Impfberechtigungen befinden sich in Niedersachsen noch mehrere hunderttausend Menschen auf der Warteliste. Gleichzeitig singen die Mitglieder der Landesregierung mit im Chor derjenigen, die für verschiedenste Gruppen schnelle Impfungen versprechen. Das ist unseriös und weckt bei den Menschen falsche Erwartungen und Hoffnungen. Zielführender wäre es, wenn die Landesregierung Transparenz herstellte über die tägliche Zahl der Menschen auf den Wartelisten, die angekündigten und erhaltenen Impfstoffmengen für Erst- und Zweitimpfungen, die Lieferungen an Hausarztpraxen und Impfzentren und die Bevölkerungsgröße in den einzelnen Prioritätsgruppen.

Die Landesregierung muss zudem dafür Sorge tragen, dass die Verteilung der Impfstoffe optimiert wird. Zum einen vergeht nach wie vor viel Zeit zwischen dem Erhalt der Impfstoffe über die Weiterleitung an die Impfzentren, die Terminvergabe und die Verimpfung. Hier muss das Verfahren verbessert werden. Auch die Lieferungen von Impfstoffen an die Hausärztinnen und Hausärzte sind regional unterschiedlich. Die Landesregierung ist in der Verantwortung, auf eine gleichmäßige Verteilung hinzuwirken.

Das öffentliche Spekulieren über Erweiterungen der Impfberechtigungen erhöht insbesondere den ohnehin schon großen Druck auf die Hausarztpraxen. Patienten erwarten umgehend nicht nur Antworten, sondern auch einen Platz auf der Impfliste. Der Aufwand für die Praxen für wöchentlich geringe Mengen an Impfdosen ist extrem hoch. Hier sollte über sinnvolle Varianten nachgedacht werden, um eine Entlastung für die Hausärzte zu erreichen. Keinesfalls darf der Versuch unternommen werden, den Hausärzten auch noch das Nachtragen der Impfungen in den wünschenswerten digitalen Impfpass aufzuerlegen. Hier sollte gegebenenfalls auf das Angebot der Apothekerinnen und Apotheker zurückgegriffen werden, dass diese die Aufgabe übernehmen. Ebenso sind die Apothekerinnen und Apotheker in die Impfungen mit einzubeziehen - gerade auch vor dem Hintergrund der Planung künftiger Auffrischungsimpfungen können die Arztpraxen dadurch entlastet werden.

Wir fordern Klarheit für den Impfsommer.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Warteliste zügig abzuarbeiten,
2. die Verteilung der Impfstoffe schneller und gerechter zu organisieren,
3. eine Entlastung der Hausärztinnen und Hausärzte vorzunehmen und keine zusätzliche Bürokratie durch den dringend erforderlichen digitalen Impfpass zu schaffen,
4. klar und transparent alle für die Nachvollziehbarkeit der Impfkampagne erforderlichen Zahlen und Informationen zu kommunizieren und
5. die freiwillige Zweitimpfung von unter 60-Jährigen auch mit AstraZeneca zu ermöglichen.

III. Klare Planung für den Herbst

Den Sommer 2020 hat die Landesregierung verschlafen, sodass Niedersachsen nicht auf weitere Wellen der Pandemie mit Beginn des Herbstes vorbereitet war. Dieser Fehler darf sich im Jahr 2021 nicht wiederholen. Zwar geben die Impfungen Anlass zur Hoffnung, aber diese kann durch Mutatio-

nen, einsetzende Impfmüdigkeit bei niedrigen Inzidenzen oder abnehmenden Schutz bei bereits Geimpften nicht helfen. Stattdessen müssen jetzt schon die Vorbereitungen für den Herbst in Angriff genommen werden.

Dazu zählt für uns, Klarheit darüber zu schaffen, wie die nach aktuellem Stand erforderlichen Nachimpfungen organisiert werden sollen. Zugleich muss angesichts der ausgefallenen Grippe-Saison 2020/2021 auch die Kampagne zur Gripeschutz-Impfung ausgeweitet werden. Ein Mangel an Impfstoff darf sich hier ebenfalls nicht wiederholen.

Wir begrüßen, dass Kinder über 12 Jahren zeitnah die Möglichkeit erhalten sollen, sich impfen zu lassen. Die Landesregierung muss aber auch insoweit transparent darstellen, wie viel Impfstoff diesbezüglich zur Verfügung steht und welche Auswirkungen dies auf die Impfkampagne insgesamt und die auf den Wartelisten stehenden Menschen hat.

Auch wenn der Impfstoff für über 12-Jährige zugelassen wird, bleiben Zweifel, ob diese Altersgruppe bis zum Herbst durchgeimpft sein kann, und es verbleiben weiterhin die Kindertagesstätten und Schulen im Bereich der unter 12-Jährigen als mögliche Orte des Infektionsgeschehens und der Übertragung. Die Verbesserung der Belüftung von Kitas und Schulen darf daher nicht noch einen Sommer verschlafen werden.

Mit dem Anstieg der Infektionszahlen im Herbst 2020 stieg auch erneut die Arbeitsbe- und -überlastung im Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD). Zwar hat der Bund Mittel in Aussicht gestellt, um den ÖGD kurzfristig personell zu verstärken, durch die Weigerung des Landes, diese Mittel in die MiPla aufzunehmen und damit zu verstetigen, zögern die Kommunen bei der notwendigen konkreten Umsetzung. Das Land muss sich hier für den ÖGD engagieren und beispielsweise die Voraussetzungen schaffen, dass die Gesundheitsämter auch kurzfristig Personal zur Kontaktnachverfolgung aufstocken können. Die Nutzung der Kontaktnachverfolgungssoftware SORMAS bzw. von Schnittstellen zu dieser durch die Gesundheitsämter ist im Sommer verbindlich zu regeln.

Noch längst sind im Hinblick auf die Corona-Pandemie mehr Fragen offen als beantwortet. Orte des Infektionsgeschehens, Übertragungswege, Langzeitfolgen, Einfluss sozialer Faktoren auf das persönliche Infektionsrisiko und Wirksamkeit von Medikamenten sind Fragen, die auch mithilfe niedersächsischer Forscherinnen und Forscher beantwortet werden können und müssen. Hier erwarten wir ein verstärktes Engagement der Landesregierung, da es nicht nur um die Vorbereitung für den zweiten Herbst der Corona-Pandemie geht, sondern auch um Erkenntnisse für weitere mögliche Pandemien.

Wir fordern einen klaren Blick für den Herbst.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. eine Strategie für Nachimpfungen und Gripeschutz-Impfungen zu erarbeiten,
2. die Belüftungssituation in Kitas und Schulen endlich zu verbessern,
3. den Öffentlichen Gesundheitsdienst dauerhaft zu stärken und
4. die Forschung zu den offenen Fragen der Pandemie auszuweiten.

Begründung

Die Begründung ergibt sich aus den einleitenden Bemerkungen.

Christian Grascha

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 02.06.2021)